

## Die Stunde der Parlamente Europas

von Reiner Bernstein<sup>1</sup>

Die Entscheidung ist gefallen: Die UN-Vollversammlung hat mit über Zweidrittelmehrheit dem Antrag der PLO zugestimmt, Palästina einen „non-member observer state“-Status zuzubilligen. Die Regierungen der Europäischen Union fanden wie üblich nicht zu einer gemeinsamen Stimme und haben entsprechend unterschiedlich abgestimmt. So enthielten sich Frankreich und Großbritannien nach langem innerem Ringen der Stimme, während die Entscheidung der Bundesregierung seit langem klar war:

In der Debatte des Bundestages hatte sie Außenminister Guido Westerwelle am 21. November mit der lediglich rhetorisch gemeinten Frage vorweggenommen, ob dem „Anliegen einer wirklichen Zwei-Staaten-Lösung ... einseitige Schritte oder ein Ergebnis von Verhandlungen diene“, und sah sich zur Begründung des UN-Antrags zur Unterscheidung zwischen Israel, „unserem Freund“, und den „friedlichen Palästinensern“ veranlasst, obwohl der Schädigungen der jüngsten Konfrontation eindeutig sind: Fünf israelische gegen 162 palästinensische Tote. Westerwelle sah sich außerstande, den palästinensischen Opfern einen einzigen Satz des Mitgeföhls zu widmen, während Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) „eine Seelenverwandtschaft zwischen extremen Palästinensern und extremen Israelis“ vermutete.

Dementsprechend musste Westerwelle die Antwort schuldig bleiben, warum die Bundesregierung Machmud Abbas in New York im Regen stehen lassen will. Auch das Argument der von „Hamis“ zu erbringenden Vorleistung der Anerkennung Israels hinkt, wenn

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 30. November 2012 nach Bekanntgabe der Abstimmung in der UN-Vollversammlung über den palästinensischen Antrag auf einen „non-member state“-Status“.

Verhandlungen ohne Vorbedingungen verlangt werden und geradezu bewusst übersehen wird, dass der starke Mann der Islamischen Widerstandsbewegung Khaled Meshal seit Februar 2011 die Grenzziehung zwischen beiden Staaten entlang der „Grünen Linie“ vor dem Junikrieg 1967 befürwortet hat und jüngst Machmud Abbas das Verhandlungsmandat für New York zusprach – nicht gerechnet, dass Benjamin Netanjahu und seine Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun, um das proklamierte Ziel jener Zwei-Staaten-Lösung zu torpedieren. Bei der Würdigung der israelisch-deutschen Wertgemeinschaft entging dem deutschen Außenminister das Faktum, dass sich Demokratie, Rechtsstaat und Besatzungsregime ausschließen.

Man muss der Auffassung nicht zustimmen, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern die Mutter aller Konflikte in der Großregion des „Broader Middle East“ sei, so der SPD-Abgeordnete Gernot Eler am selben Ort. Denn wäre es so, dann wäre damit impliziert, dass die im Bundestag nach wie vor unter dem Stichwort „arabischer Frühling“ subsumierten Umbrüche und Bürgerkriege von Tunesien über Libyen und Ägypten bis nach Syrien – Libanon und Jordanien noch ausgeklammert – im Ursprung auf den israelisch-palästinensische Konfrontation zurückzuführen sei. Wäre es so, läge eine sehr spezielle Variante einer regional ausgreifenden Verschwörung der beiden Völker zwischen Mittelmeer und Jordan vor.

Zutreffend ist vielmehr, dass Juden und Araber im Territorium Palästina die natürlichen Verbündeten sind, weil sie um einen einzigen Landstrich ringen und dadurch im Guten wie im Schlechten aneinander gekettet sind. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind nicht nur historisch bedingt. Diese Erkenntnis wäre es dringend wert, die deutsche Staatsräson, wenn sie mehr sein soll als eine rhetorische Deklaration um die palästinensische Komponente zu erweitern. Wer die Formel von „Israel und Palästina“ im Munde führt und sie als Beleg für die um Frieden bemühte Nahostpolitik nennt,

will partout nicht wahrhaben, dass die Sicherheit Israels durch die nationale Sicherheit der Palästinenser bedingt ist und umgekehrt. Und wenn behauptet wird, dass „ Hamas“ die Bevölkerung des Gazastreifens in die Geiselhaft für ihre Terrorakte nimmt –: Trifft dies nicht auch für Israel zu, weil die jüdischen Siedler in der Westbank und in Ost-Jerusalem nur deshalb von palästinensischen Racheakten verschont bleiben, weil sie ein immenser militärischer und Sicherheitsaufwand schützt?

Kann und darf von der westlichen Diplomatie und damit auch von Berlin außer Acht gelassen werden, dass ihr Verständnis von der Sicherheit Israels mit dem Ausscheiden der physischen Inkarnation der israelischen Sicherheitsdoktrin, mit dem Abschied Ehud Baraks aus der Politik, geradezu zwangsläufig neu bewertet werden muss? Wie lange will es sich die deutsche Nahostpolitik noch Plan- und Konzeptionslosigkeit erlauben, die dazu führt, Entscheidungen in der Region in Gestalt permanenter Appelle und des notdürftigen Krisenmanagements hinterherzulaufen, wie im jüngsten Fall der sechs Dekrete Mohamed Mursis, welche in Ägypten die Gewaltenteilung außer Kraft setzen?

In der internationalen Diplomatie bedarf es einer dringenden Nacharbeit: Welche Rolle spielt der politische Faktor im wirtschaftlichen und geldpolitischen Entwicklungssystem? Woher soll die von Westerwelle angemahnte „wirkliche Entwicklungsperspektive“ für den Gazastreifen kommen, wenn Verhandlungen mit „ Hamas“ ausgeschlossen werden?

### Zu spät?

Man wäre versucht, die Entscheidung in New York, die ohne die nachgelagerte Zustimmung des UN-Sicherheitsrates ein Torso bleibt, und die Debatten in Paris, London und Berlin wieder einmal zu den Akten zu legen, ginge es nicht um den Anspruch von Palästinensern

und Israelis auf ein Leben in gesicherten Verhältnissen ohne permanente Angst. Denn nachdem, wie zuletzt die von Ägypten ausgehandelte Waffenruhe zwischen „ Hamas“ und Israel belegt, der westliche Einfluss in der Region schwindet, weil sich die Machtverhältnisse verschoben haben, ist es höchst Zeit, dass sich die Volksvertretungen in den EU-Staaten jenen Dokumente widmen, die aus dem Nahen Osten selbst stammen: vornehmlich der Arabischen Friedensinitiative vom März 2002 und der Genfer Initiative vom Dezember 2003. Der Ausgleich divergierender Interessen und die Versöhnung unter den Menschen beginnen im Nahen Osten selbst.

So wird in der Erklärung der Arabischen Liga nicht nur der volle Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert, sondern sie bietet auch normale Beziehungen mit Israel im Kontext eines umfassenden Friedens sowie die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der Grundlage einer Vereinbarung auf Gegenseitigkeit an. Die Gipfelkonferenz in Beirut hat trotz der israelischen Absage an ihre Prinzipien an dieser Erklärung bis heute festgehalten.

Abgeordnete in den europäischen Hauptstädten werden sich entsinnen, dass sie die Leiter beider Delegationen der Genfer Initiative Yossi Beilin und Yasser Abed Rabbo bei der Präsentation ihres Koexistenzmodells stürmisch begrüßten. Endlich, so lautete die gemeinsame Einschätzung, deutete sich eine grundlegende Wende im Konflikt an, weil die Präambel die tiefe Überzeugung bekräftigte, „dass diese Übereinkunft die Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit“ bekräftigte.

Nachdem die Hauptstädte Europas dem fatalen Irrtum erlegen waren, aus eigener Kraft für die Zwei-Staaten-Lösung sorgen zu können, ist es an der Zeit, dass in den Parlamenten von denen, die nach wie vor am nationalen Nebeneinander beider Völker festhalten,

die politische Willensstärke an den Tag gelegt wird, die zwei Papiere aus dem Aktenschrank zu holen und sie wieder in die politischen Debatten mit der Maßgabe einzuführen, dass ihre Regierungen sich ihrer diplomatisch bedienen. Es stimmt, dass der Frieden beiden Völkern nicht von außen oktroyiert werden kann. Doch es stimmt auch, dass der internationalen Staatengemeinschaft viele Mittel und Kanäle zur Verfügung stehen, um innere Verständigungsprozesse zu unterstützen. Dieser Gang würde der politischen Führung Genüge tun.

In meinem Buch „Von Gaza nach Genf“ – dieser persönliche Hinweis sei erlaubt – schrieb Beilin fügte hinzu: „Ich habe meinen deutschen Gesprächspartnern oft gesagt, dass wahre Freundschaft nicht blinde Unterstützung und diplomatische